

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Verlag und Vertrieb: Bonn, Argelanderstraße 173. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV, Zimmer 48 (Tel. 21408), Görresstraße

Nr. 1

Bonn, den 1. Januar 1954

VIII. Jahrg.

KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

- Bibliothek -

IBK/IFK/IIS/SFK/PAE ACD

Inventar-Nr.

Alle Einzelinteressen zurückstellen!

Neujahrgrüße des Parteivorstandes an die Union

Liebe Parteifreunde!

Das Jahr 1953 hat uns die Entscheidung gebracht, für die wir gearbeitet haben und an die wir in fester Zuversicht geglaubt haben: Das Vertrauensvotum des deutschen Volkes für unsere Politik!

Vier ereignisreiche Jahre liegen hinter uns. Die Aufgaben, die sie uns stellten, waren eine Erprobung für uns alle. Wir können ohne falsche Überheblichkeit bekennen, daß wir mit Gottes Hilfe diese Probe bestanden haben. Das Ergebnis der Septemberwahl wird in der deutschen Nachkriegsgeschichte seine Bedeutung behalten. Unser Volk hat die Erfolge gemeinsamen Bemühens um den Wiederaufbau anerkannt, es hat den Wunsch nach Fortführung dieser Arbeit zum Ausdruck gebracht und den gefährlichen Kräften des Radikalismus zur Rechten und zur Linken eine eindeutige Absage erteilt.

In dem nun vergangenen Jahr hat das deutsche Volk in der Sowjetzone mit der Juni-Erhebung sich zur Idee der Einheit und Freiheit bekannt. Es hat das ihm aufgezwungene Regime vor aller Welt demaskiert. Eindringlicher ist niemals zuvor an uns im Westen der Appell zur treuer Verbundenheit und Hilfe ergangen.

Mit diesen Taten hat das deutsche Volk seinem inneren Aufbau und seiner gemeinsamen Zukunft den wertvollsten Dienst geleistet. Es hat gleichzeitig das in jahrelanger politischer Arbeit errungene Vertrauen des Auslandes, die Voraussetzung unserer Befreiung und späteren Wiedervereinigung, gestärkt.

So stehen wir an der Schwelle des Jahres in ehrlicher Genugtuung über das Erreichte, voller Zuversicht für unsere weitere Arbeit und mit dem aufrichtigen Willen, auch im kommenden Jahr alle unsere Kräfte für ein vereintes Deutschland und die Gemeinschaft der europäischen Staaten einzusetzen.

Schon der Beginn des neuen Jahres wird von großer Bedeutung sein. Der festen und zur Friedenssicherung entschlossenen Politik der westlichen Welt ist es endlich gelungen, den Osten zu einer Aussprache über das deutsche Geschick zu gewinnen. Unser Ziel und unser Weg ist klar. Der Bundestag hat noch einmal und einstimmig die deutschen Erwartungen zum Ausdruck gebracht, die auch die Staatsmänner des Westens anerkannt haben. Noch können wir nicht wissen, ob die Zeit bereits reif geworden ist für eine Auflockerung der politischen Verhärtung in der Welt oder ob auch die kommende Konferenz wieder nur eine Ablenkung von dem Ziele der Freiheit und des Friedens sein soll. Aber eines schon haben die Erfahrungen der vergangenen Jahre gezeigt: Nur auf dem von uns begangenen Weg ist überhaupt ein Fortschritt möglich.

So wollen wir in der Christlich-Demokratischen Union auch im kommenden Jahre, das uns vor neue und schwere Aufgaben stellen wird, zusammenstehen. Die Union war der Ausgangspunkt unserer gemeinsamen Arbeit und unseres Aufstiegs. In ihr wollen wir auch in Zukunft mit aller Kraft für unser großes Ziel tätig sein. Wenn wir alle Einzelinteressen hinter der großen Aufgabe zurückstellen, dann wird uns, dessen bin ich gewiß, das kommende Jahr dem Ziele der Hoffnungen näherbringen, die wir als Christen und als Deutsche hegen.

Mit aufrichtigem Dank für Verständnis, Vertrauen und Mitarbeit grüße ich alle Parteifreunde und wünsche ihnen ein gesegnetes Neues Jahr 1954.

Dr. Konrad Adenauer,

Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Also Ende Januar . . .

Die seit längerem erwartete sowjetische Note, am zweiten Weihnachtsfeiertag den Botschaftern der Westmächte überreicht, läßt kaum noch Zweifel darüber, daß der Beginn des kommenden Jahres die vier Großmächte in Berlin am Konferenztisch finden wird. Die Sowjets haben sich die Antwort zweifellos nicht als Weihnachtsgeschenk gedacht, sie haben eher sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß man in Rußland nicht um die gleiche Zeit Weihnachten feiert wie bei den abendländischen Völkern, sondern erst später (am 6. Januar).

Auch die kommunistische Großoffensive in Indochina mitten hinein in die Weihnachtsruhe der französischen Soldaten und der Genickschuß für Berija und seine Mitarbeiter deuteten nicht gerade auf weihnachtliche Friedenstone hin. Bei aller betonten Bereitschaft des Kreml, sich mit den drei Westmächten an einen Tisch zu setzen, will Malenkov offensichtlich nicht übersehen wissen, daß er Molotow als Verhandler mit vielen Trümpfen und nicht als Bittenden nach Berlin schickt. Eine ähnliche Tendenz ist unverkennbar in dem Artikel, den die sowjetamtliche „Iswestija“ veröffentlichte, und in dem erneut mit Nachdruck im Hinblick auf die Viererkonferenz die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor gesamtdeutschen Wahlen gefordert wird. Daß damit nichts anderes als der Versuch einer Viermächtesanktionierung des derzeitigen Regimes in der sowjetischen Besatzungszone gemacht wird, liegt auf der Hand.

Dennoch hat man die sowjetische Zusage, trotz der Bitte um Terminverschiebung, in den westlichen Hauptstädten begrüßt. Bis zum Zusammentritt der Konferenz hat sich an der auf den Bermudas erzielten Einigung unter den Westmächten keine Veränderung ergeben. In gemeinsamer Absprache mit der Bundesregierung liegen die Grundsätze fest, unter denen allein das deutsche Problem angefaßt werden kann. Man ist bereit, über Einzelheiten zu verhandeln, nach denen sich im Wesentlichen die deutsche Wiedervereinigung vollziehen müßte, nicht über das Prinzip der Freiheit selbst. Der amerikanische Außenminister Dulles hat das in einem Artikel in einer Washingtoner Zeitung deutlich dahingehend ausgedrückt, daß die Konferenz niemals den unterdrückten Völkern das Gefühl geben dürfte, man überlasse sie der Unfreiheit. Das gilt selbstverständlich auch für den Teil Deutschlands, der heute noch nicht die Freiheit genießt, wie sie dem westlichen Teil be-

Gibt es noch nationale Lösungen?

Die Diplomatische Korrespondenz beantwortet eine von der französischen Zeitung „Le Monde“ aufgeworfene Frage, die das Kernproblem der europäischen Politik berührt.

In seiner Rede vor dem Parlament hat Sir Winston Churchill wiederum erklärt, daß es den Deutschen keineswegs zuzumuten sei, in der gegenwärtigen Situation wehrlos, unbewaffnet zu bleiben und daß man Frankreich immer wieder vor Augen führen müsse, welche Folgen es habe, wenn es das Zustandekommen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft verhindere. Man wird kaum fehlgehen, wenn man in dieser Erklärung eine wohlüberlegte Unterstützung von Dulles sieht, womit klar sein dürfte, daß auf Seiten der angelsächsischen Mächte in diesem Punkt eine entschiedene Überzeugung vorliegt und nicht etwa nur ein persönlicher Impuls des amerikanischen Außenministers.

Es wird übrigens zu wenig beachtet, daß Dulles' viel beredeten Äußerungen ein Satz Bidaults vorangegangen war, dessen zwar nur angedeutete Alternative aber zweifellos den amerikanischen Staatsmann sehr beeindrucken mußte. Bidault erklärte nämlich, wenn Frankreich keine Sicherheit Deutschland gegenüber erhalte, bestehe die Versuchung, daß man zu überholten Methoden, nämlich zu nationalen Lösungen, zurückkehre.

Ohne an einen wirklichen Zusammenhang mit dieser Wendung des französischen Außenministers zu glauben, möchten wir doch auf einen sehr verwandten Gedanken hinweisen, der sich in einem Aufsatz der Zeitung „Le Monde“ zur Pariser Rede des Bundeskanzlers vor der Presse findet. In diesem „Die Logik des Kanzlers“ betitelten Artikel wird der Auffassung Dr. Adenauers, daß der deutsch-französische Kern unseres Kontinents durch ein harmonisches Verhältnis das europäische Gleichgewicht herstellen würde, als sehr problematischer Hinweis angefügt, daß die „französische und klassische Auffassung eines ost-westlichen Gleichgewichtes“ darin bestünde, daß sich Frankreich auf den französisch-sowjetischen Pakt stützt, um gegebenenfalls ein Gegengewicht gegen jeden neuen Vorstoß des deut-

schen Nationalismus und Imperialismus zu schaffen.

Wenn es sich dabei auch zweifellos nur um rein theoretische Gedankenspiele handeln kann, so ist doch zu fragen, ob ihrem Gegenstand auch nur eine einigermaßen aufs Ideelle beschränkte Realität zukommt. Zu dieser Erwägung kann man die Frage, ob der sowjetisch-französische Pakt angesichts der vielen mit seinen westlichen Partnern geschlossenen Verträge Frankreichs wirklich eine Realität darstellt, durchaus weglassen. Die französische Position ist vielmehr in einem viel allgemeineren und weiteren Rahmen durch Frankreich selbst so eindeutig bestimmt worden, daß an ihr keinerlei Zweifel möglich sind:

Die gesamte französische Politik der letzten Jahrzehnte wurde getragen und ermöglicht durch intensive Partnerschaft mit den angelsächsischen Großmächten, sie wuchs dabei immer mehr zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Lebensgemeinschaft heran, die Frankreich das Leben rettete und die immer intensiver zu einer auch Europa einschließenden Verbundenheit wurde, als die kommunistische Bedrohung die traditionellen

Daseinsformen, die vor allem in Frankreich verkörpert sind, aufs schwerste bedrohte.

Angesichts dieser Situation kann es keine Frage sein, inwiefern die einst üblichen Maßstäbe bloßer politischer Geometrie noch bestehen. Die Möglichkeit reiner Nationalpolitik hat in dem Augenblick aufgehört, als die Nationen nicht mehr aus eigener Kraft ihr Dasein und ihr Leben gewährleisten konnten. Seither wird die Politik de facto schon längst und de jure von Tag zu Tag mehr von Völkergemeinschaften bestimmt. Deshalb sind nationale Lösungen heute unmöglich. Sie würden eine Aufkündigung der doch unentbehrlichen Gemeinschaften bedeuten und in eine Isolierung führen, die von keiner Nation mehr durchgestanden werden kann. Es ist selbstverständlich, daß auch in Frankreich dieser bedeutende Wandel der Politik allen Verantwortlichen bewußt ist. Am Heraufkommen einer wirklichen übernationalen Politik sind gerade dort die bedeutendsten Köpfe beteiligt gewesen. Es ist aber verständlich und eine alte Erfahrung, daß politische Traditionen, die in kaum einem Lande stärker waren, gerade dann von neuem auftauchen, wenn sie endgültig abgetan werden müssen.

Giftpillen in Weihnachtspackung

Der SPD-Parteivorstand trat unmittelbar vor den Weihnachtstagen mit einer propagandistischen Aktion an die Öffentlichkeit, die man nur als grobe Geschmacklosigkeit bezeichnen kann. Er verteilte ein bedrucktes und gefaltetes Stück Papier in der Art eines Prospektes, wie ihn die Wirtschaft für die Anpreisung von Waren benutzt. Das Titelblatt „ziert“ ein Kästchen mit Blumen und einem Herzen, das die „sinnige“ Aufschrift trägt: „Adenauers Weihnachtsgeschenke“; darunter leuchtet eine brennende Kerze auf einem Tannenzweig.

So kitschig die Aufmachung ist, so häßlich und abstoßend ist der Inhalt. Er beginnt mit der „feierlichen“ Erklärung, Weihnachten sei das „Fest der Christenheit, der inneren Einkehr und Besinnung, das Fest der Nächstenliebe“, bemüht sich dann verzweifelt aber vergebens, den Bundeskanzler

des Wortbruchs zu überführen und nennt „drei Gaben Adenauers“, die der Bevölkerung auf den Festtagstisch gelegt worden seien: Die Verwässerung des auf SPD-Initiative beschlossenen Entschädigungsgesetzes für Heimkehrer; die von der Bundesregierung abgelehnte Weihnachtshilfe (SPD-Anträge) für Bedürftige (Rentner, Erwerbslose u. a. m.) und endlich die Verweigerung des von der SPD beantragten Weihnachtsgeldes für Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes durch die Koalition.

Es ist unnötig, erneut auf die Gründe hinzuweisen, die Bundesregierung und Bundestagsmehrheit bewegen haben, die unter Berücksichtigung der Finanzlage und ohne Deckungsvorschläge nur als Propaganda zu bezeichnenden SPD-Anträge abzulehnen. Im übrigen ist besonders aus den letzten Wochen des ersten Bundestages die Fülle von SPD-Anträgen noch in „bester“ Erinnerung, die sich dadurch auszeichneten, daß sie von keiner Verantwortung getrübt waren. Was hier aber auffällt und abstoßt, ist die rüde Art und Weise, in der die Sozialdemokratie, die sich bekanntlich gern als christliche Partei bezeichnet „das Fest der . . . inneren Einkehr . . . und der Nächstenliebe“ für üble parteipolitische Propaganda mißbraucht. Die Sozialdemokratie hätte sicher besser getan, sich diese Perfidie zu verkneifen. Denn selbst die ihr nahestehenden Kreise der Bevölkerung werden für diese Art von Agitation kaum Verständnis haben.

Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehrheit aber hat am 6. September auf derartige Giftpillen aus der anscheinend wieder in Betrieb genommenen Hexenküche Heine höchst sauer reagiert.

Also Ende Januar . . .

reits zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Bis zum 25. Januar haben sich vermutlich auch in Frankreich die innerpolitischen Verhältnisse soweit konsolidiert, daß der Quai d'Orsay einen handlungsfähigen Außenminister nach Berlin entsenden kann. Der erst im 13. Wahlgang als Außenseiter gewählte Unabhängige René Coty, Mitglied der Partei Laniels, wurde Präsident der französischen Republik und trat ein schweres Erbe an. Seine erste Aufgabe wird es sein, nach dem formalen Rücktritt der bisherigen Regierung Laniel einen neuen Ministerpräsidenten zu ernennen. Das allein aber ist nicht die größte Schwierigkeit, sondern die höchste Hürde ist das Votum der Nationalversammlung, die den neuen

Ministerpräsidenten in seinem Amt bestätigen muß. Ebenso schwierig und damit in unmittelbarem Zusammenhang steht die Zusammensetzung der neuen Regierung, insbesondere die Berufung eines Außenministers, der naturgemäß jetzt vor allem im Hinblick auf die bevorstehende Viererkonferenz benannt werden wird.

Die Bundesregierung wurde inzwischen vor der Abfassung der neuen westlichen Antwortnote an den Kreml konsultiert. Alle technischen und politischen Vorbereitungen, soweit dies den deutschen Anteil an dieser Konferenz betrifft, sind vollendet. Auch wenn Bonn nicht unmittelbar am Berliner Konferenztisch sitzt, es ist selbstverständlicher Partner jedes Gespräches, das über das deutsche Schicksal geführt wird.

Dr. Konrad Adenauer:

Innerdeutsche Aufgaben 1954

Aus dem Vorwort des diesjährigen Tätigkeitsberichtes der Bundesregierung, „Deutschland im Wiederaufbau 1953“, übernehmen wir folgende Darlegungen des Bundeskanzlers, insbesondere zur innenpolitischen Lage:

Es ist auch an der Schwelle des Jahres 1954 keine Zeit, auf Lorbeeren auszuruhen. Deutschland ist noch immer im Wiederaufbau begriffen und wird noch lange an seiner materiellen Sicherung und vor allem auch an seiner geistig-sittlichen Gesundung zu arbeiten haben. Doch stehen wir im Anfang einer neuen Phase dieser Bemühungen. Die Aufgaben der Regierung haben sich nach den Jahren der Trümmerbeseitigung und Existenzsicherung in einer natürlichen Weise weiter entwickelt, und so konnte die Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953 neue inner-, wirtschafts- und sozialpolitische Zielsetzungen bekanntgeben.

An den Früchten einer erhöhten inneren Sicherheit, die seit 1949 mit Hilfe der sozialen Marktwirtschaft errungen wurde, sollen in Zukunft auch die Empfänger der sozialen Leistungen stärker als bisher teilhaben, die Rentner, Invaliden, Waisen, Hinterbliebenen. Die Hilflosigkeit und Heimatlosigkeit der Flüchtlinge, die berechtigten Ansprüche Kriegsgeschädigter, Heimkehrer und Evakuierter, die Notstandsgebiete, jene großen Hypothesen des vergangenen Regimes, verlangen weiterhin eine große Kraftanstrengung. Diesen Kreisen, wie überhaupt allen Verbrauchern, sollen die Erfolge einer Wirtschaftspolitik zugute kommen, die sich nach den Jahren der Investition bewußt noch stärker auf die Bedürfnisse des Konsumenten einstellen wird.

Die Vertriebenen müssen in vermehrtem Maße seßhaft gemacht werden und an ihrem Wohnort Arbeit und Brot erhalten. Der familiengerechte und familieneigene Wohnungsbau wie die Wohnungswirtschaft überhaupt müssen in Zukunft die privaten Kräfte und weniger die Staatshilfe in Anspruch nehmen. Durch eine Reform der Steuerpolitik gilt es, die deutsche Wirtschaft noch leistungsfähiger zu machen, ohne die Ordnung des Staatshaushaltes und die Sicherung der Währung zu gefährden. Die Politik der Bildung und Erhaltung des Mittelstandes ist nur durch die Verwirklichung neuer ökonomischer und soziologischer Erkenntnisse zu erreichen, die davon ausgehen müssen, daß unser Volk nicht in der Vermassung ersticken darf.

Aus unserem wiederaufgebauten, gesetzlich geordneten Verkehrswesen muß mehr und mehr ein sicher und wirtschaftlich arbeitender, harmonisch ineinandergreifender Verkehrsapparat entwickelt werden. Die deutsche Landwirtschaft muß in den nächsten Jahren mit allen Mitteln ihre Struktur verbessern um für die unumgängliche Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes gerüstet zu sein. Kurz und gut: Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik werden zur Steigerung des Sozialprodukts eng zusammenzuwirken haben.

Diese Aufgaben setzen eine tiefere Einsicht in die Zusammenhänge aller Lebensgebiete voraus. Sie verlangen politische Reife und Urteilskraft und einen Verzicht auf Denkschablonen und Schlagworte, wie dies viele Kreise unseres Volkes in ihrer Entscheidung am 6. September bereits bewiesen haben. Vor allem wird auf die umfassende Sozialreform und das künftige Sozialprogramm von einer solchen Rücksicht auf das Volksganze und auf die großen Leistungsanforderungen an die Bundesrepublik getragen sein müssen. Mit besonderem Nachdruck habe ich deshalb im Regierungsprogramm

Ein Schweizer schreibt:

Zum Geburtstag Dr. Adenauers

Der Bonner Korrespondent der Schweizer Zeitung „Die Tat“, F. René Allemann, würdigt die Persönlichkeit des Bundeskanzlers in der „Welt am Sonntag“. Es heißt in seinem Beitrag:

„Das Erstaunlichste an diesem erstaunlichen Manne ist, daß man ihm von der Last der Jahre kaum etwas anmerkt. Worte, die man sonst auf Männer seines Alters zu münzen pflegt, versagen sich. Wer wollte ihn „betagt“ nennen, wenn er gemessenen, aber kräftigen Schrittes aufs Podium steigt. Wem käme es in den Sinn, vom „greisen Kanzler“ zu sprechen, wenn soviel Jüngere neben ihm verfallen wirken?

Natürlich, er ist für Bonn „der Alte“ und trotz der etwas unziemlich erscheinenden Familiarität ist das gar nicht respektlos gemeint — aber es ist auch fast das einzige, das daran erinnert, wie weit er die biblischen Jahre schon hinter sich gelassen hat. Daß er sich etwa aufs Altenteil zurückziehen, wohl gar das Palais Schaumburg mit der Villa Hammerschmidt vertauschen und sich als Bundespräsident der Repräsentation widmen könnte, mutet beinahe undenkbar an zu einer Zeit, da er sich sogar weigert, die viel umstrittene Doppellast abzuwerfen, die er sich mit der Vereinigung von Kanzler- und Außenministeramt aufgebürdet hat. Die Zeit scheint an ihm vorbeizugehen: auch nicht um ein bißchen müder sieht er heute aus als 1949.

Gewachsen ist er freilich, mit seiner Aufgabe und an ihr: er ist längst nicht mehr der „Oberbürgermeister der Bundesrepublik“, seit sein Wirken von Deutschland nach Europa und in die Weltpolitik hinausgegriffen hat. Es sind nicht mehr voreilige Schmeichler allein, die ihn in die Nähe Bismarcks rücken; auch Churchill hat es getan, und aus dem Munde dieses Mannes, will ein solches Urteil ernst genommen sein.

Noch hat er seinen Platz nicht am Tisch der „Großen“. Und doch haben ihn die Reporter in den Tagen von Bermuda nicht umsonst den „vierten Mann“ getauft.

den persönlichen Wagemut, die Willenskraft, Arbeitsfreude, die moralischen und ethischen Kräfte des Arbeiters, des Bauern, des Unternehmers, aufgerufen. Ihr Wettbewerb und ihre Kraftanstrengung sollen unser Volks- und Wirtschaftsleben gesund, standfest und krisensicher machen helfen.

Eine besondere Bedeutung messe ich nicht zuletzt der künftigen Wirksamkeit und dem Impuls des neuen Bundesministeriums für Familienfragen zu. Die deutsche Öffentlichkeit zeigt in zunehmendem Maße Verständnis für seine Aufgaben. Deren Lösung muß neben dem materiellen Gesundheitsprozeß einhergehen, wenn dieser auf die Dauer gesichert sein soll. Es gilt in erster Linie das Umdenken zugunsten der Familie anzuregen und fördern zu helfen, um diese lebenswichtige Institution in Regierung, Parlament, Verwaltung und in der öffentlichen Meinung noch mehr zu ihrem Recht kommen zu lassen.

Was ist es, das dem Kanzler dieses Gewicht gibt? Vieles kommt zusammen: Objektives und Subjektives, Glück und Leistung: das wachsende Ansehen Deutschlands etwa, die Stabilität, die das auf so dünnen Pfeilern errichtete Bonner Staatswesen unter seiner Führung bewiesen hat, bis hin zum Triumph des 6. September: die kluge Politik, durch die er sich fast vom ersten Tage seiner Kanzlerschaft an das Vertrauen der Besatzungsmächte zu erwerben wußte; die Zähigkeit und Zielstrebigkeit dieser Politik, die bei aller Konzilianz nichts von dem einmal Angepackten oder auch nur Anvisierten preisgibt. Den letzten Grund freilich muß man wohl im Geheimnis seiner Persönlichkeit suchen.

Und dieses Geheimnis liegt wohl darin, daß er im Kern ein sehr einfacher Mann ist: kein Denkerdiplomate, der komplizierte politische Strukturen ersinnt, auch kein Balancekünstler, der sich im Abwägen und Auslasten der Kräfte gegeneinander erfüllt. Wohl fehlt es ihm nicht an Sinn fürs Manövrieren und für den geschickt ersonnenen Winkelzug. Er weiß seinen Vorteil wahrzunehmen und ihn auszunützen, und beides, oft genug, ohne viel Rücksicht.

Aber das gilt doch wesentlich für die Mittel, die er anwendet, um den oft ungebärdigen Strom der Tagespolitik abzuleiten, wenn er sein Haus zu überspülen droht. Dieses Haus selber jedoch hat glatte und klare Linien und einen übersichtlichen Grundriß; es gibt keine Ecken und Winkel darin, keine geheimen Erker mit überraschenden Ausblicken. Und doch begründet gerade diese Simplität seine Erfolge.

Er will Europa; er will es so rasch wie möglich und so unlösbar wie möglich, um einerseits Deutschland an dieses Europa, andererseits aber auch Europa an sein Deutschland zu binden. Im Streben nach diesem Ziel kennt er

weder Komplikationen noch Vorbehalte, und wo sie sich einstellen wollen, schiebt er sie unwirsch beiseite — weil er nicht zu glauben vermag, daß zwischen den zentralen Lebensinteressen Deutschlands und Europas überhaupt ein Gegensatz bestehen könnte. Auf dieser Prämisse beruht sein ganzes Werk, mit ihr muß es sich bewähren.

Manchmal erinnern Beobachter daran, wie tief er in der Ära des Kaiserreichs verwurzelt ist; von da bis zur glatt hingesprochenen Meinung, daß in seiner Politik „restaurative“ Tendenzen am Werke seien, ist es oft nur ein Schritt. Aber ein Mann der Restaura-

tion hätte außenpolitisch kaum so frisch in die Zukunft auszuschreiten vermocht. Als Konservativer kann Adenauer es: weil er weiß, daß er die Güter, die ihm teuer sind, in einem Neubau vielleicht besser zu bewahren vermag als in den alten und bröckeligen Gemäuern des Nationalstaats. Und außerdem: wenn der Chef der deutschen Regierung in der so vielfältig und unglücklich gebrochenen deutschen Geschichte unserer Zeit Kontinuität und Tradition verkörpert, Werte, an denen es dem deutschen Volk und Staat allzusehr gebricht — sollte das nicht eher als gutes Zeichen gedeutet werden?“

Bayern und der deutsche Föderalismus

Auf der Tagung des Bundes der deutschen Föderalisten in Eichstätt hat Bundestagsvizepräsident Dr. Jaeger in einer abschließenden Ansprache auch die Stellung und Aufgabe Bayerns im deutschen Föderalismus gekennzeichnet. Er nannte den Föderalismus eine deutsche Notwendigkeit, eine europäische Forderung und eine bayerische Tatsache:

Bayern ist, wie kein anderes deutsches Land, zu einem harmonischen Ganzen zusammengewachsen und hat in der bayerischen Staatsidee, die die vier Stämme der Altbayern, Franken, Schwaben und Pfälzer in sich befriedet und umspannt, die Mitte gefunden, aus der heraus es sein Eigenleben in Deutschland zu behaupten versteht. Man kann Bayern nicht als eine willkürliche napoleonische Schöpfung abtun. Nicht nur sein Kern, der auf eine 1400 jährige staatliche Tradition zurückblickt, auch seine vor rund 150 Jahren mit Altbayern vereinten Gebiete fühlen sich unlösbar zusammengehörig. Man frage nur einen Bauern oder Arbeiter im Gebiet von Bamberg, Eichstätt oder Würzburg; er schüttelt erstaunt den Kopf, wenn man ihm Zweifel an seiner Zugehörigkeit zu Bayern unterstellen will und bestätigt damit nur die Erkenntnis Bismarcks, daß Bayern „ein wirkliches und in sich selbst befriedigtes Nationalgefühl“ ausgebildet hat.

Bayern, das trotz seiner Eigenart und seines Selbstbewußtseins seine deutsche Aufgabe auch im 20. Jahrhundert nicht verleugnet hat, scheint geradezu dazu berufen zu sein, das konservative Rückgrat der Bundesrepublik und die Keimzelle des deutschen Föderalismus zu bilden. Diese Aufgabe kann aber nicht nur dadurch erfüllt werden, daß man in Bonn Formulierungen anmeldet und mit aller gebotenen Energie seine traditionellen und verfassungsmäßigen Rechte verteidigt. Der Kampf um den eigenen staatlichen Lebensraum gegenüber der Zentrale ist nur dann sinnvoll und erfolgreich, wenn mit ihm eine Ausnützung aller vorhandenen Möglichkeiten im eigenen Lande Hand in Hand geht. Man kann sich nicht über ein Übergreifen von Bundesinstanzen in Gebieten der Landeshoheit beklagen, wenn man die dem Lande selbst zustehenden Instandsetzungen entweder nicht schafft oder nicht zu entsprechender Arbeit kommen läßt. Wo die eigene bayerische Initiative fehlt, ist der Bund versucht, die seine an die Stelle der fehlenden zu setzen.

Ebenso falsch wäre es, die beträchtliche bayerische Lebensenergie ausgerechnet an Proble-

men zu entzünden, die unwesentlich sind oder die Glaubwürdigkeit des föderativen Prinzips belasten. Die Weihnachtsgratifikationen der Beamten, so wünschenswert sie sein mögen, sind kein Thema, um an ihm die Eigenstaatlichkeit eines Landes zu demonstrieren, das ob seiner Steuerarmut zu den zuschußbedürftigen Ländern des Bundes gehört. Die Kulturhoheit ist der Kern der Eigenstaatlichkeit der Länder. Es lohnt sich, um den Bestand der Bekenntnisschule oder die Erhal-

Sozialausschüsse: Arbeit und Ergebnis

In einem von Johannes Albers, Jakob Kaiser und Otto Wirsching unterzeichneten Aufruf zur Jahreswende an die Sozialausschüsse werden mit Genugtung wesentliche Beiträge zur sozialen Entwicklung und Befriedung festgestellt. Vor allem:

Stärkung der natürlichen Gemeinschaft der Familie als Ausgangspunkt und Ziel einer organischen Sozialpolitik und Sozialreform, Schaf-

Die Ernährung

In den vergangenen vier Jahren ist es gelungen, die Ernährung des deutschen Volkes wieder in normale Bahnen zu bringen. Die Landwirtschaft hat ihre Produktionsleistung so gesteigert, daß die Lebensmittelversorgung in der dichtbevölkerten Bundesrepublik zu zwei Dritteln aus der Inlanderzeugung gedeckt wird. Dabei kann unsere Bevölkerung ihre Lebensmittel zu Preisen einkaufen, die unter dem europäischen Niveau liegen. Auf Grund der Leistungen unserer Exportindustrie konnten in steigendem Maße die noch fehlenden Nahrungsmittel im Ausland gekauft werden, so daß der einheimischen Bevölkerung erfreulicherweise gesunde und preiswerte Lebensmittel zur Verfügung standen.

**Bundeskanzler Dr. Adenauer
in der Regierungserklärung
vom 20. Oktober 1953**

tung des Gymnasiums zu kämpfen, aber es schadet nur, wenn ein einziges Land sich in einen besonderen Termin des Schulanfangs verbeißt, auch wenn dieser pädagogisch etwas günstiger liegen mag als der sonst in Deutschland übliche. Die Lebensfähigkeit des föderativen Gedankens erweist sich hier in freiwilligen Vereinbarungen, deren Fehlen nur einen zentralen Bundesgesetzgeber heraufbeschwört! Hier liegt die besondere Verantwortung des Landtags und der Staatsregierung. Wird sie nicht beachtet, so könnte es geschehen, daß der Kampf um die Eigenstaatlichkeit Bayerns und den deutschen Föderalismus am Ende nicht in Bonn, sondern in München verloren wird!

Der föderative Gesichtspunkt verlangt in diesem Augenblick besonders den landsmannschaftlichen Aufbau des deutschen Kontingents der europäischen Verteidigungsgemeinschaft in Rekrutierung, Zusammensetzung der Truppenkörper, Stationierung und Besetzung der Kommandostellen. Natürlich ist die Zeit für eine eigene bayerische Armee vorbei, natürlich wird man für Marine, Luftwaffe und Spezialtruppen Sonderregelungen treffen müssen, aber für das Gros der Armee, für die regulären Divisionen, kann und muß das landsmannschaftliche Prinzip gelten. Dies wird auch psychologisch die Schlagkraft der Truppe stärken in unserer Geschichte, nämlich in dem Jahrzehnt zwischen 1935 und 1945 zu unser aller Unheil verlassen wurde.

fung wirtschaftlichen Mitbesitzes und persönlichen Heimbesitzes als Stützen angemessener Familienexistenz und als Grundlage der Persönlichkeitsrechte des Arbeitnehmers, verantwortlicher Mietvollzug des wirtschaftenden Handelns in Berufsstand, in Betrieb und Gesamtwirtschaft, betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung (Bundewirtschaftsrat), sozialer Sicherung über Familie, Miteigentum, Heimbesitz und Mitbestimmung hinaus in einem umfassenden System der gegliederten Sozialversicherung.

„Diese auf der christlich-sozialen Idee aufbauenden Kölner Leitsätze gilt es“, so heißt es weiter, „im kommenden Jahr der Verwirklichung näher zu bringen. Dazu bedarf es der weiteren Vertiefung unserer Bildungs- und Schulungsarbeit. Es bedarf aber ebenso der Erweiterung und Ausbreitung unserer Organisation. Nur durch eigene Kraft und Stärke unserer Bewegung können wir die Ziele erreichen, die uns aus Tradition und Gegenwart verpflichtung unserer Idee in dieser für unser Land und Volk so entscheidenden Zeit erwachsen.“

Zum Schluß wird jedem einzelnen christlich-demokratischen Arbeitnehmer für seine ermutigende Mitarbeit im vergangenen Jahr der Dank ausgesprochen, vor allem auch der Jungen Arbeitnehmerschaft, aus deren Kreis Tausende von freiwilligen Helfern und Mitarbeitern erwachsen sind.

A II c 2 Bundeskanzler

Konrad-Adenauer-Stiftung beschert Flüchtlinge

Die Konrad-Adenauer-Stiftung für Flüchtlinge und Vertriebene hat dem Flüchtlingslager Lübeck-Blankensee eine Textilspende im Werte von dreitausend Mark zur Verteilung an hilfsbedürftige Flüchtlinge zum Weihnachtsfest zur Verfügung gestellt. Unter den gespendeten Bekleidungsgegenständen sind Damenwolljacken, Flanell-Hemden, Kleider und Blusen, Strumpf-, Strick- und Babywolle. Das Lager Lübeck-Blankensee ist ein neues Lager und hat mit ganz besonders großen Schwierigkeiten zu kämpfen, weil dort ein großer Teil von Flüchtlingen urtergebracht worden ist, die Hals über Kopf unter Zurücklassung ihrer gesamten Habe fliehen mußten.

1. Januar 1954

Mehr Jugendliche in den öffentlichen Dienst

Der Bundeskanzler hat sich in einem Brief an die Bundesminister, Ministerpräsidenten der Länder und die kommunalen Spitzenverbände nachdrücklich dafür ausgesprochen, vermehrt Nachwuchs und Lehrlinge in öffentlichen Betrieben und in den Verwaltungen einzustellen. Dr. Adenauer weist darauf hin, daß sich in einigen Zweigen der öffentlichen Verwaltung schon jetzt ein Nachwuchsmangel bemerkbar mache und sich in der Beamtenschaft ein starkes Überwiegen der älteren gegenüber den jüngeren und mittleren Jahrgänge zeige. Wenn die übliche Nachwuchsquote der Beamtenanwärter nicht erhöht werde, würden die schwachen Geburtenjahrgänge der Kriegszeit den erhöhten Bedarf bei den öffentlichen Verwaltungen und der Wirtschaft nicht decken können. Dr. Adenauer macht in seinem Brief darauf aufmerksam, daß die Zahl der in das Berufsleben eintretenden Jugendlichen 1954 und 1955 mit mehr als 900 000 Jungen und Mädchen einen Höchststand erreichen werde. Danach trete ein Rückgang ein, der voraussichtlich zu einem Tiefstand von rund 570 000 im Jahre 1960 führen werde.

1. Januar 1954

A I c Europäische Neuordnung

Der Papst zum Zusammenschluß Europas

Einen eindringlichen Appell, die Vereinigung Europas voranzutreiben, richtete Papst Pius XII. am Heiligen Abend in seiner Weihnachtsansprache an die Politiker der Welt. „Warum zögern?“, ruft der Papst darin den christlichen Politikern zu. „Wer im voraus eine absolute Gewähr des Erfolges verlangt, muß sich die Antwort geben, daß es sich gewiß um ein Wagnis handelt, jedoch um ein notwendiges, ein vernünftiges Wagnis. Zur Tat drängt vor allem die gefährvolle Stunde, vor der Europa sorgenvoll steht. Für Europa gibt es keine Sicherheit ohne Wagnis. Wer unbedingte Sicherheit verlangt, beweist nicht den guten Willen zu Europa.“ Der Papst warnt dann vor dem Irrtum, man könne die inneren Schwierigkeiten der einzelnen Länder dadurch beseitigen, daß man sie auf die höhere Ebene des europäischen Zusammenschlusses verschiebe. Die Ordnung im inneren Leben der Völker sei also die Voraussetzung, sonst sei es unnützlich, ein einiges Europa zu schaffen. In diesem Zusammenhang betonte der Papst die Notwendigkeit einer starken Staatsautorität, die der irrigen Meinung entgegenetrete, als ob das rechte Behaupten der Autorität und der Gesetze notwendig der Tyrannei den Weg, bahne. Auch in einer Demokratie müsse sie nicht weniger als in jedem anderen echten Staat wirksam sein.

1. Januar 1954

A V f Nordrhein-Westfalen

NRW wählt am 27. Juni

Das Kabinett von Nordrhein-Westfalen hat als Termin für die Neuwahl des Landtags Nordrhein-Westfalen den 27. Juni 1954 bestimmt. Die verfassungsmäßige Legislaturperiode des Landtags läuft im Juni 1954 ab. In einer Rechtsverordnung wurde die Durchführung der Wahl auf den letzten Juni-Sonntag festgelegt.

1. Januar 1954

A IV 11 Wiederaufbauministerium

450 000 Wohnungen im Jahre 1953

Über 450 000 Wohnungen, von denen jede im Durchschnitt 14 200 DM kostet, sind nach einem vorläufigen Jahresbericht des Bundeswohnungsbauministeriums im Jahr 1953 fertiggestellt worden. Damit wurden seit 1949 über 1,7 Millionen Wohnungen errichtet, in denen etwa sieben Millionen Menschen wieder ein Heim gefunden haben. Von den in diesem Jahr fertiggestellten Wohnungen entfallen rund 270 000 auf den mit öffentlichen Mitteln geförderten allgemeinen sozialen Wohnungsbau. Dazu treten die gleichfalls öffentlich geförderten Sonderprogramme mit etwa 100 000 Wohnungen. Für das Gesamtprogramm von 450 000 Wohnungen wird ein Mittelbedarf von 6,4 Milliarden Mark angegeben. Daran ist die öffentliche Hand mit schätzungsweise 2,5 Milliarden zusammen mit den Aufwendungen des Bundes (Haushaltsmittel, Lastenausgleich, Kohlenabgabe usw.) beteiligt. Der Bericht erklärt, nach vorsichtigen Schätzungen seien seit Gründung des Bundes bis Ende 1953 etwa eine halbe Million neuerrichtete Wohnungen von Heimatvertriebenen einschließlich der Sowjetzonen-Flüchtlinge bezogen worden. Das seien etwa 40 Prozent der in diesem Zeitraum mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erstellten Einheiten des sozialen Wohnungsbaues.

Im Jahre 1954 ist ein drittes Programm für nochmals 300 000 Umsiedler mit einem Finanzbedarf von einer Milliarde Mark angelaufen. Zur Unterbringung der ersten 150 000 Umsiedler seien fast 40 000 Wohnungen erforderlich, deren Bau finanziell gesichert sei und etwa Mitte 1954 vollendet sein werde. Der zweite Abschnitt soll bis Ende 1954 erfüllt sein.

1. Januar 1954

A IV 1 a Allgemeines

Grenzen der Meinungsfreiheit

Der Zweite Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin hat entschieden, das im Grundgesetz gewährleistete Recht der Meinungsfreiheit für Beamte werde durch das geltende Beamtensrecht und die darin enthaltenen Disziplinarvorschriften begrenzt. Das Gericht bestätigte damit einen Entscheid des Hamburger Senats, der einen Lehrer entlassen hatte, weil er sich in einer Hamburger Schule als Friedenskämpfer im kommunistischen Sinne betätigt hatte. Das Bundesverwaltungsgericht verwies in der Urteilsbegründung darauf, daß im Artikel fünf des Grundgesetzes die Rechte der Meinungsfreiheit durch die Vorschriften der allgemeinen Gesetze begrenzt seien, wozu auch das Beamtensrecht gehöre. Das Hamburger Oberverwaltungsgericht hatte als zweite Instanz die Revisionsklage des Lehrers abgewiesen.

1. Januar 1954

A III 1 b FDP

FDP arbeitet neues Programm aus

Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat die prominentesten Politiker der Partei beauftragt, Grundsätze für ein neues Programm aufzustellen, das auf dem nächsten Parteitag im kommenden März in Wiesbaden verkündet werden soll. Es soll sich um eine Art Grundsatzklärung handeln, in der zu einigen wenigen markanten und besonders wichtigen Punkten der heutigen Politik Stellung genommen wird. Der Parteivorstand beauftragte den ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Dr. Reinhold Maier, und den Berliner Vorsitzenden der Freien Demokraten, Schwenicke, mit der Ausarbeitung eines Referats über die deutsche Wiedervereinigung, dessen Grundzüge in das Wiesbadener Programm übernommen werden sollen. Die Ausarbeitung einer Arbeit über den Beitrag des Liberalismus zur europäischen Integration wurde den Bundestagsabgeordneten Dr. Becker und Dr. Pfeleiderer übertragen. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Dehler wird zusammen mit Dr. Mende den Komplex der Meinungsfreiheit und Staatsraison behandeln.

1. Januar 1954

Evangelische CDU-Bilanz 1953

In dem Mitteilungsblatt des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU „Evangelische Verantwortung“ schreibt der Pressereferent der Bundesgeschäftsstelle:

Niemand hat sich dem starken Eindruck der Tatsache entziehen können, daß die evangelischen Wähler am Christlich-Demokratische/Christlich-Soziale Union gestimmt haben. Zwangs-Soziale Union gestimmt haben. Zwangsläufig kommt das auch in der Zusammensetzung der neuen CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Ausdruck. Und seitdem sind diejenigen stiller geworden, die die CDU/CSU eine „katholische Partei“ nannten. An diesem Erfolg hat der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU seinen sicher nicht geringen Anteil. Als er im März 1952 in Siegen zum ersten Mal zusammentrat, sah es noch anders aus. Damals hielt mancher Beobachter den evangelischen Teil der CDU/CSU für weit weniger lebendig, einsatzbereit und Seriöser als den katholischen. Um so notwendiger war der Ruf zur Sammlung und Mitarbeit. Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dieses Anliegen in Siegen ausdrücklich begrüßt. Die diesjährige Tagung des Arbeitskreises vom 5.—7. Juni in Hannover ließ deutlich werden, daß man einen erheblichen Schritt vorwärts getan hatte. Und die Wahl zum Zweiten Deutschen Bundestag bestätigte dann in überwältigender Weise, wie fruchtbar ein nachdrückliches Ansprechen des evangelischen Raumes auf seine politische Verantwortung war.

Bisher ist es eigentlich überall richtig verstanden worden, daß diese evangelische Aktivität nicht etwa auf eine „Partei in der Partei“ abzielt. Sie hat ihren Ursprung vielmehr in der Erwägung, daß die evangelischen Glieder der CDU/CSU eine wichtige Aufgabe haben: die politische Aktivierung der evangelischen Bevölkerung in Deutschland. Das Verlangen nach stärkerem Zusammenhalt, der ohne gewisse organisatorische Formen nicht möglich ist, entspricht außerdem der allgemeinen Erkenntnis, daß der organisatorische Ausbau der Gesamt-CDU/CSU ein unaufschiebares Erfordernis sei.

Evangelischer Arbeitskreis — das kann deshalb auch nicht zu der Auslegung führen: hier sollten konfessionelle Unterschiede schärfer durchgezeichnet werden. Daß sich aus solchen Unterschieden gelegentlich Spannungen ergeben, wird weder gezeugnet, noch läßt es sich totschrweigen. Aber der Sinn der politischen Arbeit in der CDU/CSU kann nicht sein, derartige Spannungen laut oder leise, offen oder versteckt in politische Realitäten umzusetzen. Es kann nur darum gehen, das gemeinsame Anliegen christlicher Politik zu verwirklichen. Die Notwendigkeit einer christlichen Partei wurde bereits vor über hundert Jahren fast gleichzeitig im katholischen wie evangelischen Lager erkannt.

Es gibt Fragen, die auf evangelischer Seite noch nicht mit so aner-

kannter Gültigkeit geklärt sind wie auf der katholischen. Die Gründe dafür sind allgemein bekannt. Sie liegen vor allem im Wesen des Protestantismus. Gleichwohl muß der evangelische Teil der CDU/CSU zur Klarstellung und Durcharbeitung bestimmter Fragen gelangen. Man denke beispielsweise an die Schulfrage oder an das Problem einer Sozialordnung in evangelischer Sicht. Es gibt ferner Fragen, bei denen der evangelische Standort gegenüber dem katholischen noch herausgearbeitet werden muß. In diesem Zusammenhang sei nur auf das Problem des Naturrechtes oder alle diejenigen Fragen verwiesen, die mit der Errichtung eines Familienministeriums zusammenhängen. In der Klärung von Fragen dieser Art, im Zusammentragen geeigneter Unterlagen hierfür liegt ein umfangreiches

„Die einzige neuartige Kraft . . .“

Mit dem Kreislauf der Ideologien in den restaurativen Parteien, der in der Wiederaufnahme der Weimarer Vorstellungswelt zum Leerlauf wurde und auch durch dem Gegner entlehnte Ersatzideologien nicht fruchtbarer gemacht werden konnte, setzt sich Dr. Helmut Ibach im „Rheinischen Merkur“ auseinander. Er kommt zu folgendem Ergebnis:

„Wenn die Wahrheit auf Erden einen Sinn haben soll, so müssen trotz dem dagegenstehenden Augenschein letzten Endes die Kräfte den Sieg davontragen, die um die Wahrheit nicht „herumgehen“, sondern sich unumwunden zu ihr bekennen, mithin nicht die Ideologien und die Trägheitskollektive. Es ist kein unerlaubter Kurzschiuß, wenn wir bei allen ihr anhaftenden menschlichen Schwächen darunter die CDU-CSU verstehen.“

Hinzu kommt, daß die CDU mit den überkommenen Parteien alten Stils weder ideologisch noch strukturell zu vergleichen ist. Sie ist in Deutschland die

und bedeutungsvolles Aufgabengebiet des Evangelischen Arbeitskreises.

Der innere Ausbau des Staats- und Volksgefüges ist eine der entscheidenden Bewährungsproben in den kommenden vier Jahren. Um so mehr wird man sich immer die Grundforderungen vor Augen zu halten haben, die der Evangelische Arbeitskreis im vergangenen Sommer in Hannover aufgestellt hat: sich zu einer nüchternen Betrachtung politischer Fragen zu bequemen und sich nicht von Illusionen und Ressentiments bestimmen zu lassen — zu erkennen, daß eine protestantische Farblosigkeit keine Grundlage einer politischen Haltung ist — von der Meinung Abschied zu nehmen, man könne politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen nach irgendwelchen säkularen Gesichtspunkten entscheiden, indem man davon absieht, daß man Christ ist — zu begreifen, daß das Einzige, was im politischen Leben weiterhilft, echte Mitarbeit und nicht negative Kritik aus der Ferne ist.

einzige, neue und neuartige, positive Kraft. Sie hat die klerikalen Eierschalen des alten Zentrums von sich abgestreift, so daß der liberal-sozialistische Vorwurf des „Klerikalismus“ jetzt nur noch als dummer Trick völlig unzeitgemäß an den tatsächlichen Verhältnissen vorbeigeht. Ebenso unsinnig ist es, in der Kulturpolitik vor der Gefahr konfessioneller Zersplitterung des deutschen Volkes zu warnen. Denn in der Schulpolitik stehen die Fronten nicht mehr katholisch gegen evangelisch, sondern katholisch und evangelisch gegen den Liberalismus bourgeoiser und proletarischer Prägung. Dies ist eben eine der sammelnden, integrierenden innenpolitischen Friedensleistungen des Unions-Gedankens, daß er den politischen Konfessionalismus entgiftet und überwunden hat, daß er die Zusammenarbeitsbemühungen evangelischer und katholischer Christen in den früheren christlichen Gewerkschaften nunmehr gesamtpolitisch fruchtbar macht.“

Warum Dr. Krapp gehen mußte

Der angeblich aus persönlichen Gründen erfolgte Rücktritt des Zentrumsjustizministers in Niedersachsen, Dr. Krapp, hat politische Hintergründe, die dem Eingeweihten seit längerem bekannt waren. Als Dr. Krapp im Mai 1951 als einer der vier Zentrumsabgeordneten im niedersächsischen Landtag dem Kabinett kooptiert wurde, hoffte man, von Süoldenburg her, der Heimat Dr. Krapps, die katholischen CDU-Mitglieder beeinflussen zu können. Das mißglückte, wie im besonderen das Wahlergebnis des 6. September gezeigt hat. Krapps Situation im Kabinett war nie sehr stark gewesen. Als nun der neue Schulgesetzentwurf in christlichen Kreisen stärkstes Befremden erregte, wurde Krapps Stellung unhaltbar. Aber auch die eigenartige „Fraktion der Mitte“, ein

von Krapp herrührender Wechselbalg von Apostaten der SPD und des BHE, vereinigt mit rechtsradikalen Naumann-Anhängern und Zentrumsleuten, die eine Verstärkung der parlamentarischen Regierungsbasis und damit der Position des Justizministers sein sollte, erwies sich als peinliche moralische Belastung. Auch Ministerpräsident Kopf war weder froh noch dankbar.

Es ist nun abzuwarten, ob das Zentrum nach diesen Erfahrungen seine Zwitterstellung aufgeben wird, zumal der Schulkurs der Regierung zu einer klaren Haltung drängt. Auch der BHE, der sich grundsätzlich für die Bekennnisschule ausgesprochen hat, wird sich zu überlegen haben, ob er seine bisherige Politik der Regierungsunterstützung in Niedersachsen aufrechterhalten will — und kann.

Bund und Länder

Bemerkenswerte Entspannung zum Jahresende

Bundeskanzler Dr. Adenauer hat dem kürzlichen Ersuchen des Bayerischen Ministerpräsidenten, vor Jahresschluß dem Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten einen Überblick über die außenpolitische Lage Deutschlands zu geben, gerne entsprochen.

Kurz vor Weihnachten ist in Bonn in Anwesenheit aller Länderchefs der Auswärtige Ausschuß des Bundesrats zur Entgegennahme der Ausführungen des Bundeskanzlers zusammengetreten. Ministerpräsident Dr. Ehard hat nach der Sitzung, in der an das Referat des Kanzlers anschließend die Länderchefs die außenpolitische Lage diskutiert haben, erklärt, daß Übereinstimmung zwischen der Auffassung des Bundeskanzlers und der der Regierungschefs bestanden habe.

Dieses Faktum läßt erhoffen, daß über den Bundesrat und dessen auswärtigen Ausschuß die SPD den Anschluß an die vom Bundeskanzler vertretene Außenpolitik doch noch finden dürfte. Diese Entwicklung kann wohl durch Gefechte einzelner SPD-Parlamentarier weder verhindert noch aufgehalten werden. Die Übereinstimmung im Ausschuß des Bundesrats beweist auch, daß der Bundesrat bereit ist, staatspolitischer Einsicht den Vorrang vor parteitaktischer Überlegung zu geben.

Gleichzeitig hat die Anwesenheit der Regierungschefs in Bonn dazu beigetragen, die notwendige Entspannung in den Beziehungen zwischen Bund und Ländern herbeizuführen. Die Besprechungen einzelner Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler und die Besprechungen der Regierungschefs mit dem Bundesfinanzminister haben eine Regelung in der so leidenschaftlich umstrittenen Frage der Weihnachtsgratifikationen für Staatsbedienstete

herbeigeführt, die unter diese Vorgänge einen Schlußstrich zieht. Die Aussprachen zwischen den Länderchefs und den Mitgliedern der Bundesregierung haben nunmehr gezeigt, daß aus der gemeinsamen Verantwortung beider heraus eine Verständigung notwendig und in allen Fragen möglich ist. Dieses Faktum am Ende des Jahres 1953 berechtigt zu Hoffnungen.

Nachdem das kommende Jahr in innen- und außenpolitischen Fragen große Entscheidungen verlangt, ist es notwendig, daß eine Situation aufrichtiger Zusammenarbeit und gegenseitigen Vertrauens in der deutschen Politik gegeben ist. Die Lösung der Fragen einer kommenden Wehrgesetzgebung, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Neugliederung des Bundesgebietes, der sozialen und wirtschaftlichen Sicherung des deutschen Lebensstandards, der Hebung der Landwirtschaft und der Betreuung der Kriegsbeschädigten und Heimatvertriebenen ist nur möglich, wenn zwischen Bund und Ländern eine Atmosphäre freundschaftlicher Verbundenheit vorhanden ist.

Diese Atmosphäre zu schaffen war, wie die CSU-Korrespondenz unterstreicht, Sinn der Besprechungen der Länderchefs. Stärker als von der Presse beobachtet ist eine Veränderung herbeigeführt worden. In ihr liegt die Hoffnung begründet, daß die Fragen der Länder- und Bundespolitik auch im kommenden Jahr gelöst werden im Geiste gegenseitiger Achtung und zum Wohle des gesamten deutschen Volkes.

So geht es nicht!

Zu dem Ausschluß von sieben Betriebsratsmitgliedern der Chemischen Werke Hüls aus der I. G. Chemie, Papier, Keramik nimmt die „Soziale Ordnung“, das Organ der Sozialausschüsse, noch einmal scharf Stellung. Der Vorgang in Marl-Hüls wird als Widerlegung der Behauptung des DGB bezeichnet, daß der DGB den stärksten Schutz der persönlichen Freiheit des deutschen Arbeitnehmers und der Demokratie darstelle:

„Das Grundgesetz garantiert in Artikel 2 und 3 jedem deutschen Staatsbürger die Freiheit der persönlichen Entfaltung. Zur Einreichung von Wahlvorschlägen für eine Betriebsratswahl sind zudem gemäß Betriebsverfassungsgesetz nur Betriebsangehörige berechtigt. Die jetzt ausgeschlossenen Betriebsratsmitglieder haben folglich nur das ihnen gemäß den Normen der Bundesrepublik garantierte Recht in Anspruch genommen. Die Haltung der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik und des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes steht demzufolge im krassen Widerspruch zu den in unserer Demokratie gegebenen rechtlichen Bestimmungen.

Wenn die betreffenden Betriebsratsmitglieder tatsächlich gegen „allgemein anerkannte Grundsätze“ der Organisation verstoßen hätten, dann würde das heißen, daß die Satzungen der IG Chemie und des DGB dem im Grundgesetz jedem deutschen Bürger verbrieften Recht entgegenstehen:

„Die Gewerkschaften haben im heutigen Staat Funktionen einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes, wenn sie juristisch auch nur die Eigenschaften eines nicht rechtsfähigen Vereins besitzen. Solch eine Anerkennung de facto verpflichtet zu Konsequenzen, die die Demokratie stützen, nicht aber zu Taten, die eigentlich nur diktatorischen Gesellschaftsinstitutionen eigen sind.“

Bitte ausschneiden und einsenden an:

„UNION IN DEUTSCHLAND“ Bonn, Argelanderstr. 173

Bestellschein

Ich (wir) bestelle(n) hiermit Exemplar(e) der

„UNION IN DEUTSCHLAND“

Informationsdienst der CDU/CSU Deutschlands

zum Bezugspreis von 1,70 DM je Monat einschl. Porto durch Kreuzband (Postcheck: Köln 36531) oder zum Bezugspreis von 1,63 DM je Monat durch Posteinweisung
In besonderen Fällen 1.— DM (mit Begründung).

Name:

Wohnort:

Straße:

Der Geist im Bundesgrenzschutz

Im „Manchester Guardian“ beschäftigt sich der Bonner Korrespondent dieser liberalen und im allgemeinen recht kritischen englischen Zeitung mit dem vom früheren Bundesinnenminister Dr. Lehr aufgebauten Bundesgrenzschutz. Er glaubt feststellen zu können:

„Die Qualität des Grenzschutzangehörigen ist im Durchschnitt sehr hoch. Junge Kommandeure sind eifrig und intelligent. Es ist möglich, daß der Grenzschutz mitgeholfen hat, eines der schwierigsten Probleme der Bundesregierung zu lösen, nämlich das, einen neuen Geist in ihre Streitkräfte der zukünftigen Europäischen Armee einzuführen. Diese Einheit ist in jeder Weise frei „von dem alten Kommißgeist“, der aus blindem Gehorsam und korpsmäßiger Disziplin bestand.“

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Nassestr. 2 - Verlag und Vertrieb: Argelanderstr. 173 - Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 103
Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn